

Landtags-Info Nr. 7/2012: Neues aus dieser Woche

Signal gegen rechte Gewalt auch in Baden-Württemberg

Mit einem zentralen Staatsakt in Berlin gedachten am Donnerstagmittag viele Vertreter/innen der Bundesorgane und ganz normale Menschen der Opfer rechtsextremistischen Terrors. Doch nicht nur in der Bundeshauptstadt wurde ein deutliches Zeichen gegen neonazistische Gewalt gesetzt: Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände riefen zu einer Gedenkminute in ganz Deutschland auf. Um 12 Uhr standen Unternehmen, Betriebe, Verwaltungen und etliche Schulen für eine Minute still. Dem folgten nach einem ersten Überblick viele Tausend Bürgerinnen und Bürger.

Auch der Landesverband und die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg beteiligten sich an der Gedenkminute. „Wir möchten damit unser Mitgefühl für die Hinterbliebenen und unsere Trauer für die Opfer des rechtsextremen Terrors zum Ausdruck zu bringen“, erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Uli Sckerl zum Aufruf an alle Bürgerinnen und Bürgern, gemeinsam innezuhalten und damit ein Zeichen zu setzen.

Die Landtagsgrünen machten deutlich: „Wir trauern um die Opfer rechten Terrors. Und wir wollen zeigen, dass Deutschland für Respekt, Offenheit und Toleranz steht“. Auch in Baden-Württemberg gibt es Anlass zum Engagement gegen rechtsextreme Gewalt: „Der Mord an der Heilbronner Polizistin Michele Kiesewetter muss schonungslos aufgeklärt werden“, forderte Sckerl. Zudem müsse man rechtsextremen Bekundungen wie den Fackelzügen in Pforzheim am 23. Februar 2012 entscheiden entgegentreten.

Neue Fahrbahn kommt 2012

Schriesheim/Ursenbach. Noch in diesem Jahr wird die Fahrbahndecke der Landesstraße 596 im Bereich des Schriesheimer Ortsteil Ursenbach erneuert. Das teilte der grüne Landtagsabgeordnete Uli Sckerl mit. Für die Unterhaltung dieser Straße werde das Land Baden-Württemberg im Jahr 2012 etwa 30.000 Euro aufwenden. Auch die Landesstraße 535 zwischen Heiligkreuzsteinach, Schönau und Neckarsteinach profitiere von diesem Sanierungsprogramm, so Sckerl. Hier fließen für eine Gabionenwand in Schönau und für eine Fahrbahndeckenerneuerung ebenfalls 30.000 Euro vom Land.

Die grün-rote Landesregierung will ihre Priorität auf den Erhalt von Straßen setzen, statt auf deren Neu- und Ausbau. In diesem Jahr stellt sie für diese Aufgabe insgesamt 76,7 Millionen Euro zur Verfügung.

Damit würden laut Sckerl weitaus mehr Mittel fließen, als das unter der vorherigen schwarz-gelben Regierung der Fall war. „Wir machen Ernst mit nachhaltiger Verkehrspolitik und bringen die Landesstraßen in einen guten Zustand“, betonte der Landtagsabgeordnete. In den kommenden Jahren sollen noch weitere Landesstraßen im Rhein-Neckar-Kreis saniert werden.

Dallinger-Aussage zur Windkraft

Uli Sckerl: „Keine „Basta-Politik von grün-rot Die grün-rote Landesregierung drückt bei der Energiewende auf die Tube.

Insbesondere die Windkraft soll vorangebracht werden. „Bastapolitik aus Stuttgart“, nannte dies der Landrat des Rhein-Neckar-Kreises Stefan Dallinger bei seinem jüngsten Vortrag bei der Hirschberger CDU. Dem widersprach jetzt der Landtagsabgeordnete Uli Sckerl entschieden. Die Landesregierung ändere derzeit das Landesplanungsgesetz, um mehr Windanlagen zu ermöglichen. Dazu habe eine breite und intensive Anhörung insbesondere der kommunalen Gebietskörperschaften stattgefunden. Ein Ergebnis der Anhörung sei, dass man auf Wunsch der Kommunen nun die Übergangsfrist verlängern werde, um die Regional- und Flächennutzungspläne zu ändern. „Die Kommunen wollen für die Energiewende mehr Zeit, sie kriegen diese. Das ist Politik des Gehört Werdens und kein Basta“, so Sckerl. Zudem müsse das Gesetz geändert werden, um den Kommunen künftig das Recht einzuräumen, auch selbst Vorranggebiete für Windanlagen auszuweisen. Bisher lag das allein in der Zuständigkeit der Regionalverbände. „Die haben die Windkraft ausgebremst. Dallinger weiß dies aus seiner Zeit als Chef beim Regionalverband selbst am besten“, so Sckerl abschließend.

Suche nach Bundespräsident: Grüne fordern Beteiligung der Bundesländer

Die Fraktion Grüne im Landtag von Baden-Württemberg forderte am heutigen Sonntag, die Bundesländer an der Kandidatensuche für das Bundespräsidentenamt zu beteiligen und unterstützte damit eine Forderung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Dies berichtete der Parlamentarische Geschäftsführer und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Uli Sckerl aktuell bei einer Zusammenkunft im Wahlkreis Weinheim.

"Die Hälfte der Mitglieder der Bundesversammlung stellen die Landtage. Deshalb müssen die Länder bereits bei der Auswahl der Kandidaten beteiligt werden und nicht erst bei der Abstimmung", sagte Sckerl mit Blick auf die seit Freitag laufende Kandidatensuche. "Wir wollen einen Kandidaten oder besser eine Kandidatin, der oder die parteiübergreifend getragen wird. Die Entscheidung dafür kann aber nicht allein von Bundespolitikern getroffen werden. Da müssen die Länder in einem föderalen Staat schon mitreden können", so die Landtagsgrünen in einer Erklärung. Bei der letzten Wahl zum Bundespräsidenten stellte der Landtag von Baden-Württemberg 79 Wahlmänner und -frauen. Ausgehend von dieser Zahl stünden der grünen Landtagsfraktion in Baden-Württemberg bei der kommenden Bundespräsidentenwahl 20 Sitze zu; über einen weiteren Sitz entscheide ein Losentscheid zwischen CDU und Grünen.

Termine

4. März – 11 Uhr – Schriesheim

Uli´s traditioneller Rundgang durch das Gewerbezelt auf dem Mathaisemarkt mit den Grünen vor Ort und aus der Region

6. März – 19:30 Uhr – Ladenburg, Domhofsaal

Zwischen Windelwickeln und Straßenkampf – Mädchen und Frauen in der rechten Szenen / Vortrag und Diskussion mit Ellen Esen Politologin und Pädagogin, Karlsruhe

11. März – 11 Uhr – Weinheim, Altes Rathaus

Internationaler Frauentag